

Information des ÖBVP

zur 3. Novelle zur 4. COVID-19 Schutzmaßnahmenverordnung
(Inkrafttreten mit 10. März 2021; Außerkrafttreten mit Ablauf des 14. März 2021)

Der ÖBVP weist darauf hin, dass während der anhaltenden Corona-Pandemie wo immer möglich, Psychotherapie via elektronischer Medien auszuüben ist. Solange die COVID-Pandemie-Bedrohung anhält, wird die sogenannte Telepsychotherapie weiterhin von der Sozialversicherung als Psychotherapie zur Abrechnung akzeptiert.

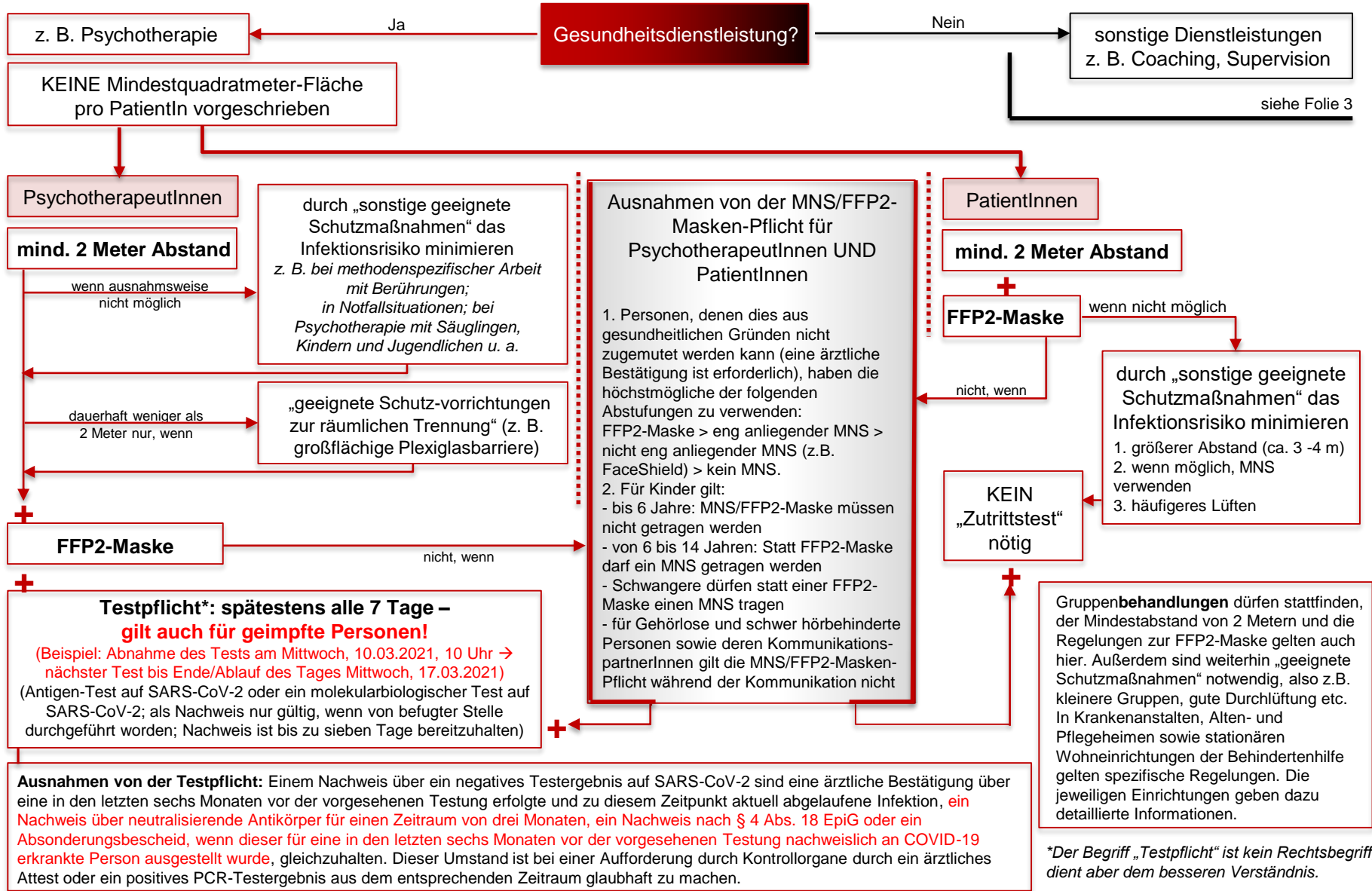
Die Angaben in diesen Folien geben lediglich die zum Zeitpunkt der Erstellung gültige Rechtslage wieder und dienen nur der Information, können jedoch eine eingehende Prüfung der Rechtsgrundlagen in der jeweils geltenden Fassung nicht ersetzen.

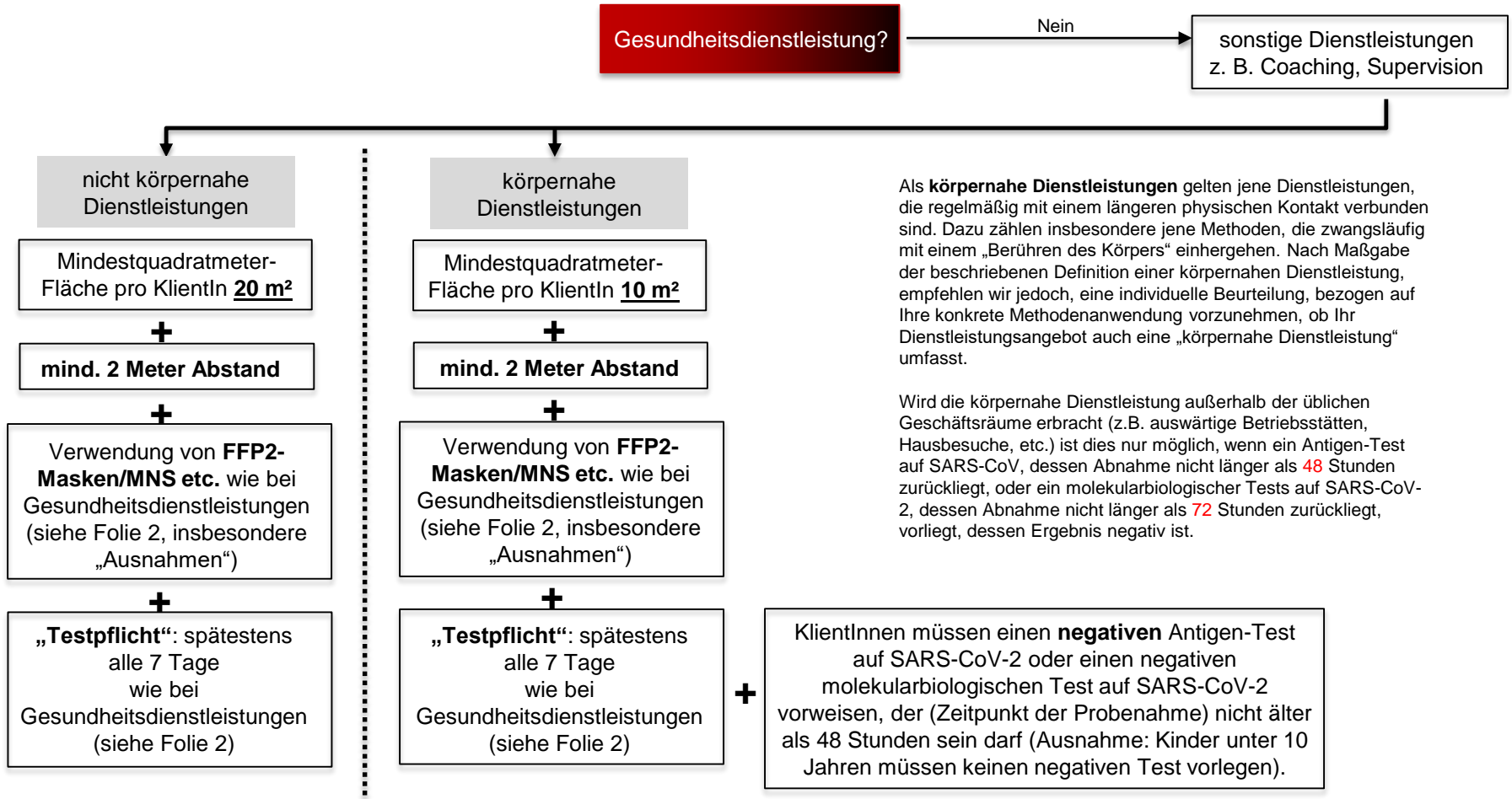
Sämtliche Informationen sollen der Orientierung der psychotherapeutischen Berufsgruppe dienen. Auf Regelungen zu anderen Berufsgruppen kann in diesem Rahmen nicht eingegangen werden.

Die tatsächliche Umsetzung der hier dargebotenen Inhalte befreit nicht automatisch vor (rechtlichen) Konsequenzen. Vielmehr haben PsychotherapeutInnen im jeweiligen, sie allenfalls betreffenden, Einzelfall wie auch im Allgemeinen die Verpflichtung, sich über die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und über institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen für die psychotherapeutische Tätigkeit im Gesamtzusammenhang des Gesundheitswesens und der psychosozialen Einrichtungen kundig zu machen und informiert zu halten (siehe auch Berufskodex Kapitel 2, Unterpunkt 5).

Der ÖBVP behält sich Änderungen und Korrekturen vor. Jedwede Haftung für die hier dargebotenen Inhalte ist ausgeschlossen.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Zurverfügungstellung und Verbreitung sowie der Übersetzung für andere Zwecke als für jene des ÖBVP sowie seiner Mitglieder, vorbehalten.





Veranstaltungen:

Zusammenkünfte zu unbedingt erforderlichen beruflichen Aus- und Fortbildungszwecken, zur Erfüllung von erforderlichen Integrationsmaßnahmen nach dem Integrationsgesetz, BGBl. I Nr. 68/2017, und zu Fahraus- und -weiterbildungen, allgemeinen Fahrprüfungen sowie beruflichen Abschlussprüfungen, sofern **eine Abhaltung in digitaler Form nicht möglich** ist, sind grundsätzlich erlaubt. Darunter können Seminare, Trainings etc. fallen, dies ist jedoch immer für den Einzelfall zu beurteilen.

*Der Begriff „Testpflicht“ ist kein Rechtsbegriff, dient aber dem besseren Verständnis.